

BürgerInnenbrief **Mitte**

11. November 2009



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

HSH Nordbank +++ Mitte in Not +++ Rothenburgsort +++ RISE +++ Wohnungsbau +++ Partystadt +++ FC St. Pauli +++

HSH Nordbank: endlich Konsequenzen?



Aufsichtsratschef Kopper verteilt »Freibriefe«

Der Aufsichtsrat der HSH Nordbank beschloss in einer außerordentlichen Sitzung am 10.11.2009, die Bestellung von Kapitalmarktvorstand Jochen Friedrich und Schiffahrtsvorstand Peter Rieck mit sofortiger Wirkung zu widerrufen. Aufsichtsratschef Hilmar Kopper wurde beauftragt, mit beiden Managern Aufhebungsverträge zu schließen beziehungsweise den Anstellungsvertrag aus wichtigem Grund zu kündigen. Bei den ehemaligen Vorständen Hartmut Strauß und Eckehard Dettinger-Klemm stellte die Anwaltskanzlei Freshfields nach Angaben der Bank ebenfalls Pflichtverletzungen fest. Auch gegen sie werde der Aufsichtsrat Schadensersatzansprüche prüfen, hieß es.

Grundlage dieser Entscheidungen ist das Gutachten der Anwaltskanzlei über Verfehlungen bei Geschäften der Bank. Es

geht um »erhebliche Sorgfaltspflichtverletzungen« bei Kreditersatzgeschäften Ende 2007. Rieck und Friedrich waren tief in die Lastminute- und Kreislaufgeschäfte mit dem schönen Namen »Omega« verwickelt (Details dazu wurden im vorhergehenden BürgerInnenbrief dargestellt). Schon aus der seit März 2009 vorliegenden Prüfung des Geschäftsjahres 2008 und den darin eingeschlossenen Sonderprüfungen ging hervor, dass die HSH-Bilanz Ende 2007 von »toxischem Müll« gereinigt wurde, weil ansonsten höhere Absicherungen durch Eigenkapital fällig geworden wären. Bekanntlich gehört auch der Vorstandsvorsitzende Nonnenmacher dem Vorstand der HSH Nordbank seit Oktober 2007 an und ist in den Zusammenhang mit den fragwürdigen Geschäftsoperationen stets eingebunden gewesen. Der von dem Aufsichtsratsvorsitzen-

den Kopper beständig ausgesprochene »Freibrief« für Nonnenmacher ist nicht aufrecht zu erhalten.

Zwischenzeitlich hatte nicht nur die Staatsanwaltschaft begonnen, intensiver zu ermitteln, auch die EU-Kommission bezweifelt die Rechtmäßigkeit der staatlichen Rettungsaktion aus dem Mai 2009. Damals ging es um eine weitere notwendige Kapitalerhöhung durch die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein. Der der Kapitalerhöhung zugrundegelegte Aktienkurs von 19 Euro sei viel zu hoch gewesen. Es sei gegen Beihilfavorschriften verstoßen worden und es werde geprüft, ob den SteuerzahlerInnen Schaden entstanden ist.

Ob aus dieser Intervention der EU-Kommission und aus den Ermittlungen wegen Bilanzfälschung etwas folgt, bleibt abzuwarten. Die Entlassung der Vorstände Friedrich und

Rieck ist eine begrüßenswerte Aufräumaktion in einer Bank, die seit Monaten von Skandal zu Skandal taumelt. Auch dass die Ex-Vorstände Hartmut Strauß und Eckehard Dettinger-Klemm wegen der Pflichtverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden sollen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings darf die Aufräumaktion nur ein erster Schritt sein, dem weitere folgen müssen. Es geht um die Verantwortung des jetzigen Vorstandsvorsitzenden Dr. Nonnenmacher und die unzureichende Kontrolle durch den Aufsichtsrat. Gegen alle Beteiligten müssen Strafverfahren und Schadensersatzansprüche durchgesetzt werden. Für die Aufsichtsratsmitglieder Peiner, Freytag oder Wiegard (alle CDU), die von einer Gebietskörperschaft in das Gremium entsandt wurden, gilt grundsätzlich nichts anderes.

Bezirk Mitte in Not, Kinder noch mehr!



Elbphilharmonie: Hier wird Geld versenkt!

Gegen viele Projekte des Bezirks Mitte habe ich in den vergangenen anderthalb Jahren (auch in den BürgerInnenbriefen) Widerspruch erhoben – z.B. gegen die intransparenten Shared-Space-Planungen und die überflüssige Pferde-Kombi-bahn auf dem Gelände der Horner Rennbahn. Jetzt haben SPD und GAL Mitte selbst Widerspruch gegen den vom Senat angewiesenen Umzug des Bezirksamts vom Klosterwall in die Hafencity angemeldet. Begründet wird er nicht zuletzt damit, dass der Quadratmeterpreis für die Büroräume von neun auf 15 Euro ansteigen würde. Ich begrüße diesen Beschluss, ist er doch Sand ins Getriebe des grün-schwarzen Senats, der sich diese Umsetzung des Bezirksamtes nur deswegen auf die Fahnen geschrieben hat, damit die Hafencity nicht zur traurigen Investitionsruine mit lauter leerstehenden Gebäuden wird.

Der Bezirk Mitte hat zu seiner Sperrigkeit allen Anlass, denn die auf ihn und die anderen Bezirke zukommenden Belastungen infolge der Wirtschaftskrise werden immens sein.

Noch liegen die Streichungsbeschlüsse des Senats nicht vor, noch steht zudem die November-Steuerschätzung für Hamburg aus. Klar ist bereits jetzt, dass mindestens 600 Mio. Euro aus den laufenden Etats bis 2014 eingespart werden sollen, und klar ist, dass die prognostizierten Steuereinnahmen einbrechen werden. Für die sieben Bezirke ist bereits angekündigt, dass sie mit rund 118 Mio. weniger auskommen müssen, was auf eine Reduzierung der 7.800 Bezirksstellen um ca. 800 hinauslaufen dürfte. Sieglinde Frieß (ver.di Hamburg) machte Ende Oktober darauf aufmerksam, dass schon in den Vorjahren das Personal zusammengestrichen worden war, seit 1994 um ca. 30%. Eine nochmalige Reduzierung der MitarbeiterInnen würde zu massiven Einschränkungen für die Bezirksämter führen.

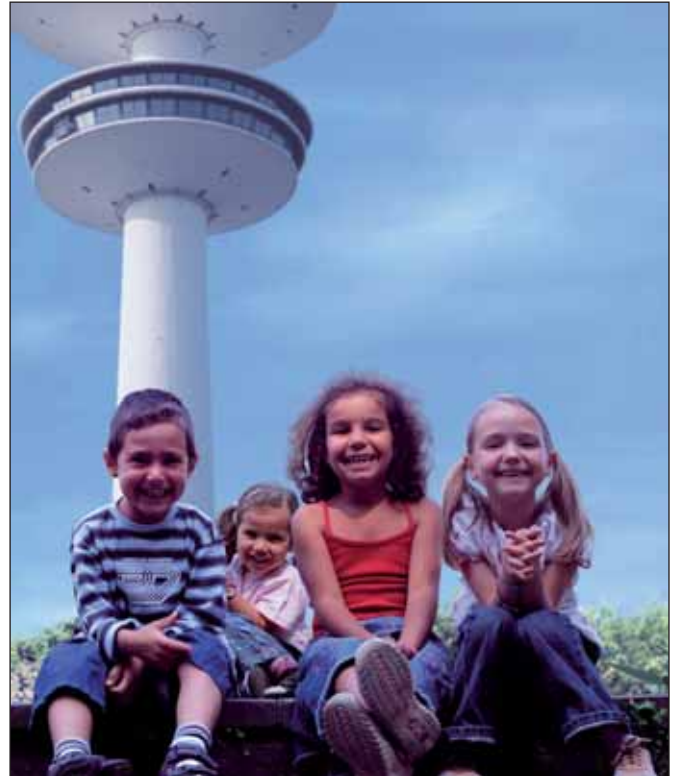
Obwohl sich in den verschiedenen Stadtteilen des Bezirks Mitte die großstädtische Armut konzentriert, sollen hier die Einsparungen am drastischsten ausfallen. Der so genannte

Konsolidierungsbeitrag muss nach Senatsvorgabe von 1,377 Mio. (2010), über 3,820 Mio. (2011), 5,165 Mio. Euro (2012) bzw. 5,658 Mio. Euro (2013) bis auf 6,642 Mio. Euro (2014) anwachsen. Die Kürzungssumme in Höhe von 22,660 Mio. Euro würde für alle BürgerInnen durch einen Abbau der Serviceleistungen, durch längere Wege und Wartezeiten spürbar werden.

Wenn wir dies nicht verhindern, wird sich die Lage gerade für die Ärmsten weiter zuspitzen. »10.000 mal Kinder in Not« lautete eine Überschrift in der Hamburger Morgenpost vom 23. Oktober: Von 2007 auf 2008 ist die Zahl der Verdachtsmeldungen einer »Gefährdung des Kindeswohls« von 7.000 auf 10.000 in der Stadt angestiegen, in jedem dritten Fall haben die bezirklichen SozialarbeiterInnen »festgestellt, dass die Kinder in ihren Familien eine erheblich belastete Lebenssituation erleiden«. Wegen der zunehmenden Probleme hatten schon im September 2008 insgesamt 322 MitarbeiterInnen des Allgemeinen Sozialen Dienstes Wilhelmsburg (quasi der gesamte ASD der Elbinsel) eine so genannte Überlastungsanzeige unterzeichnet. »Wenn auch hier gespart wird«, so die KollegInnen mit Blick auf den tragischen Tod der achtjährigen Lara, »steigt die Wahrscheinlichkeit, dass in dem Bereich wieder etwas Schlimmes passiert« (Hamburger Abendblatt vom 20. Oktober). Wie sollen die weiter angewachsenen Probleme vor Ort bewältigt werden, wenn jetzt auch die Zahl der SozialarbeiterInnen um 10% reduziert wird?

Einer aktuellen Aufstellung des Statistisches Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein vom 27. Oktober ist zu entnehmen, dass im Bezirk Mitte zum Jahresende 2008 insgesamt 61.134 Menschen (= 21,1% der Bevölkerung) auf Sozialleistungen zur laufenden Lebensführung angewiesen waren. Die Kinder sind dabei weit überdurchschnittlich betroffen. 8.193 Kinder bis sieben Jahre (= 43,4% dieser Altersgruppe!) erhielten im Bezirk Mitte Transferleistungen, in der Altersgruppe zwischen sieben und 17 Jahren waren es 9.865 (= 37,1%) – zwei bis drei mal so viel wie in den Bezirken Eimsbüttel und Nord.

Wie benachteiligt der Bezirk ist, unterstreichen auch die jüngst vorgelegten »Daten zur Vorbereitung zum Haushalt für die offene Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit im Bezirk Hamburg-Mitte 2010« mit Stand vom 27. Oktober 2009. Danach lagen die Einkünfte je EinwohnerIn mit 22.665 Euro (2004, damals noch ohne Wilhelmsburg) um ein Drittel unter dem Hamburger Durchschnitt von 32.505 Euro. Die Daten belegen vor allem die Misere unter den Kindern und Jugendlichen in den einzelnen Stadtteilen. So betrug der Anteil der Kinder unter 15 Jahren mit SGB II-Bezug im Bereich Veddel/Kleiner Grasbrook/Steinwerder 52,5% und in Mümmelmannsberg 50,9%, gefolgt von Rothenburgsort mit 47,9%, Wilhelmsburg mit 45,7%, Billstedt/Billbrook (ohne Mümmelmannsberg) mit 44,0% und Horn mit 41,8%. St. Pauli liegt mit 39,34% unter dem bezirklichen Mittelwert von 41,4%, aber immer noch deutlich über dem Hamburger Durchschnitt von 23,9%. Mit Abstand folgen Hamm mit 31,6%, die Innenstadt mit 27,9%, Finkenwerder/Waltershof/Neuwerk mit 20,1% und St. Georg/Klostertor mit 23,2%. Gerade letzterer Wert unterstreicht, wel-



Nicht alle Kids in Hamburg haben gut lachen...

che nachhaltige Verdrängung der ärmeren Bevölkerung aus St. Georg in die anderen Stadtteile stattgefunden hat; noch in den 1990er Jahren gehörte das Hauptbahnhofsviertel zu den drei hamburgischen Stadtteilen mit dem höchsten SozialhilfeempfängerInnenanteil.

In diesen Zahlen spiegelt sich die immer weiter aufgehende Arm-Reich-Schere in der Metropole Hamburg. Wenigen hundert Einkommensmillionären stehen alleine im Bezirk Mitte Zehntausende Menschen gegenüber, die täglich neu entscheiden müssen, ob sie sich eine Fahrkarte, frisches Gemüse oder ein Kinderbuch erlauben können. Mit seiner unsozialen Streichungspolitik und der Orientierung auf die Leuchtturmprojekte (Elbphilharmonie, HafenCity-Universität, U4-Bahn, Pferde-Kombibahn usw.) vertieft der Senat diese soziale Spaltung.

In den nächsten Wochen wird es darum gehen, das Abwälzen der Krisenlasten auf die Bezirke zu verhindern. In diesem Zusammenhang sei auf einen Ende Oktober gefassten Beschluss der Bezirksversammlung Mitte aufmerksam gemacht: »Die Bezirksversammlung lehnt jegliche Sparauflagen bei den Bezirken ab, da es sich nur um Personalausgaben handeln könnte, die zu direkten Verschlechterungen im Bürgerservice führen müssen. Die bezirklichen Aufgaben können besonders auch vor dem Hintergrund der zusätzlichen Aufgaben im Rahmen der Entflechtung der Bezirksverwaltungsreform heute schon nicht mehr sichergestellt werden.«

Doch dieser richtungsweisende, von allen Fraktionen getragene Beschluss alleine wird nicht reichen. Gefragt ist jetzt vor allem der Protest der Einrichtungen, Initiativen und der betroffenen Menschen. Das Geld ist vorhanden, es steckt in den Taschen der Reichen und in den Leuchtturmprojekten.

Rothenburgsort: Stadtteil-Identität verschachert

Baubeginn nach Ausverkauf

von Ingo Böttcher



Frei gegeben zum Abriss: der Rothenburgsorter Marktplatz

So viele Kaschmirmäntel und Trenchcoats hatte der Rothenburgsorter Marktplatz noch nie gesehen: Am frühen Nachmittag des 28. Oktober gaben sich eine Schar Damen und Herren Investorenvertreter und die komplette höhere Bezirksamts-hierarchie im schönsten Schmuddelwetter ein Stelldichein auf dem traurigen Platz im Herzen von Rothenburgsort. Man hatte etwas zu feiern.

1997 hatte am selben Ort ein Stadtplaner der »Bremischen Gesellschaft« mit Aplomb den Auftakt der Stadtteilentwicklung ausgerufen. Der Platz sei »prädestiniert« für einen Neubau, für ein »zeitgemäßes Zentrum«, für einen »Impuls« in Rothenburgsort. Die Menschen im Stadtteil hörten es mit Wohlwollen und Interesse. Denn in den 1990er Jahren hatten schon einige der traditionsreichen Läden, die das Pavillon-Ensemble bevölkerten, geschlossen. Viele andere waren noch da: »Härtel« verkaufte Bekleidung (so hieß das bei ihm noch), Hella Schuch regierte als freundliche Matriarchin bei »Eisenwaren Peters« (mit Spielzeug, Haushaltsbedarf und Nachrichten aller Art), »arko« hatte Süßigkeiten, eine »PRO« (mit Treppe zum Verkaufsraum) bot Markenware, Käse und Fleisch. Nicht zu vergessen der kleine, aber feine Wochenmarkt, auf dem man mittwochs und sonnabends frisch einkaufte und endlos klönte. Modern war das nicht, aber ein Idyll. Doch allenthalben war der Ruhestand

absehbar, Renovierungsbedarf zudem und sinkende Umsätze. Der Marktplatz wurde zum Objekt der Stadtteilentwicklung erklärt. Alles sollte ganz schnell besser und möglichst neu werden. Wurde es aber nicht.

Stattdessen stapelten sich im Bezirksamt Architekten-Entwürfe und Investorenzü- und wieder -absagen, Gremienbeschlüsse und Bebauungspläne. Stattdessen wurde es zudem kompliziert, Bezirk und Stadt zeigten sich überfordert – und der Marktplatz ging den Bach runter: Leerstand, Scherben, Schimmel, Schandfleck. Spätestens 2003 war der Marktplatz vom Startsignal zum anschaulichen Symbol einer missratenden Stadtteilentwicklung geworden. Die Menschen in Rothenburgsort waren genervt. Und das Bezirksamt war mit seinem Latein am Ende: Kein Plan, kein Entwickler, kein Investor weit und breit.

Und doch, jetzt also, mehr als zwölf Jahre nach dem verkorksten Auftakt: Abrissbagger und Kaschmirmäntel auf dem Rothenburgsorter Marktplatz, wirklich und wahrhaftig! Unter der Tagesparole »Was lange währt, wird endlich gut!« hatte das Bezirksamt zur »Abriss-Party« eingeladen. Bezirksamts-

Ingo Böttcher arbeitet in der Stadtteilinitiative für mehr Lebensqualität in Rothenburgsort »Hamburgs wilder Osten« (HWO).

leiter Markus Schreiber war in Feierlaune, AVW-Vorstand Udo Schuster zeigte sich seriös und optimistisch. Und die RothenburgsorterInnen, die sich zahlreich zur »Abriss-Party« eingefunden hatten, zeigten sich erleichtert und ein bisschen aufgekratzt: »Dass wir das noch erleben dürfen...!«

Ende 2008 hatte sich schließlich doch ein Investor gefunden – in Buxtehude. Die »AVW Immobilien AG« – Hauptaktionär ist die Hamburger Familie Frank H. Albrecht – baut, betreibt und verkauft Zentren und Gewerbeimmobilien in Norddeutschland. In Rothenburgsort sollen es 17.000 qm Mietfläche werden, ein U-förmiger Doppelriegel plus Hochhaus, fünf und neun Geschosse, für etwa 32 Mio. Euro. Penny, Budni und Haspa haben schon Mietverträge, für weitere Läden ist Platz, dazu kommen (derzeit offenbar unvermeidlich) Wohnanlage und Senioren-Pflegeheim sowie etwa 50 frei vermietete Wohnungen.

Die AVW kam über eine goldene Brücke, die ihr von Bezirkspolitik und Verwaltung gebaut wurde. Die Presseabteilung des Bezirks erklärte die Richtschnur so: »Am Rothenburgsorter Marktplatz ist nicht Wunschkonzert angesagt. Hauptsache, es passiert überhaupt etwas.« Deshalb darf sich die AVW nicht nur über einen maßgeschneiderten Bebauungsplan mit reichlichen Ausnahmegenehmigungen freuen. Eine Million Euro gibt es für »unrentierliche Kosten« aus der Schatulle der Stadtteilentwicklung dazu. Die Krönung des Deals: Die Stadt verkaufte dem Investor zuletzt noch das etwa 1.200 qm große Herzstück des Marktplatzes – um ihm den Nachweis von Parkplätzen in der darunter gelegenen Tiefgarage zu ermöglichen.

Spätestens an diesem Punkt regte sich Protest. Die Stadtteil-Initiative »Hamburgs Wilder Osten« (HWO) nannte das Geschäft einen »Ausverkauf des öffentlichen Raums in Rothenburgsort« und appellierte an den Senat: »Hier wird ein

wichtiges Stück Stadtteilidentität verschachert. Bezirk und Behörden unterwerfen sich mit irritierender Begeisterung den finanziellen Interessen eines Investors.« Genützt hat es nichts – die Privatisierung des sozialen und politischen Forums des Stadtteils ging ansonsten geräuschlos über die Bühne.

Allerdings nahm HWO sie zum Anlass, die Tagesparole der Schreiberschen »Abriss-Party« der Sprichwortforschung im Sinne von Harald Schmidt zu unterziehen. Ergebnis: »Wenn etwas lange währt, heißt das noch lange nicht, dass es auch gut wird.« Der Stadtteil zahlt einen hohen Preis für das Projekt der AVW. Das betrifft nicht nur die Privatisierung der Marktfläche. So wird der einzig verbliebene alteingesessene Grundeigentümer, Betreiber des traditionsreichen Restaurants »Chaplin«, durch den Bebauungsplan benachteiligt. Während alle Grundstücke im Besitz der AVW für die Bebauung mit fünf und neun Geschossen ausgewiesen sind, darf er nicht mehr als zwei Geschosse errichten. Von den hochfliegenden Plänen für die Gestaltung des Umfelds durch die Stadt, von einem direkten Weg zur Elbe und einem Park am Wasserturm ist inzwischen nichts mehr zu hören. Und die viel zu frühe Verlagerung des Wochenmarkts in eine Nebenstraße gefährdet dessen Existenz.

Trotzdem: In Rothenburgsort freuen sich die meisten Menschen über den Baubeginn am Marktplatz. Das hat allerdings weniger mit der Begeisterung für ein neues Projekt, gar einem »Impuls« zu tun, wie er 1997 noch spürbar war. Sondern mehr damit, dass endlich, endlich der peinliche Schandfleck verschwindet, als den die Menschen die verwahrlosten leeren Pavillons seit Jahren empfunden haben. Wie wäre das als Lehre für schwarz-grün-rote Stadtentwicklungspolitik: Auch schlechte Lösungen lassen sich gut feiern – wenn nur der Leidensdruck stimmt.

Integrierte Stadtteilentwicklung

Bereits am 21. Juli hatte der Senat sein neues »Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung« (RISE) vorgelegt und unter der etwas skurrilen Überschrift »Hamburg. Deine Perlen« der Öffentlichkeit präsentiert. Die demnächst anstehende Bürgerschaftsdebatte um dieses Programm haben wir parteiintern mit einer Beratung der Stadtentwicklungs-Verantwortlichen vorbereitet, und auch der Stadtentwicklungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft hat sich auf einer Expertenanhörung am 28. Oktober intensiv mit der 81-seitigen (!) Drucksache auseinandergesetzt.

Während viele von dem Papier erwarteten, der Senat würde damit die wichtigsten inhaltlichen Zielsetzungen für seine Stadtentwicklungspolitik im Rahmen des Leitbildes »Wachsen mit Weitsicht: Die Weiterentwicklung Hamburgs als gerechte und lebenswerte Stadt« festzurren, handelt es sich im Wesentlichen doch nur um die Beschreibung, welche Wege er dabei in den kommenden vier Jahren einzuschlagen gedenkt und welcher Methoden er sich bedienen will. Konkrete Zielsetzungen werden nicht benannt.

Sicherlich ist zu begrüßen, dass die verschiedenen Stadtentwicklungs-Programme (»Lebenswerte Stadt«, »Aktive Stadt-

entwicklung« etc.) unter einem Dach zusammengefasst und damit effizienter umgesetzt werden sollen. Positiv zu bewerten ist auch, dass Armut und Benachteiligung in den Fokus gerückt werden und die dafür nötigen Daten z.T. neu erhoben, jedenfalls erheblich besser aufbereitet werden sollen (durch das so genannte Sozialmonitoring). Und nicht zuletzt der hohe Stellenwert der vorgesehenen BürgerInnenbeteiligung (die Rede ist von »lokaler Governance«, von »lokalen Partnerschaften«, in allen betreffenden Gebieten sollen Stadtteilbeiräte mit selbständig zu verwaltenden Verfügungsfonds geschaffen werden usw.) verdient Anerkennung und wird neue Ansatzpunkte vor Ort liefern, die reale Mitwirkung der Betroffenen in den Quartieren zu verstärken bzw. zu fordern.

Doch auf der anderen Seite stecken im RISE auch Punkte, die aus meiner Sicht abzulehnen oder zu hinterfragen sind. Dies trifft insbesondere den Einsatz von 3.000 Ein-Euro-JobberInnen nach SGB II. Statt vernünftige, sozialversicherungspflichtige und nach Tarif entlohnte Arbeitsplätze zu schaffen, wird die Stadtentwicklung dafür missbraucht, die sozialen Standards weiter abzusenken und die Einkommensarmut noch zu verstärken. Ebenso kontraproduktiv ist das weitge-



Muss im Mittelpunkt stehen: die Lösung der sozialen Probleme

hende Ausblenden der Auswirkungen von Aufwertung und Verdrängung (Gentrifizierung). Die Benachteiligung von Stadtteilen insbesondere in den Großsiedlungen am Standrand anzugehen und zugleich die innerstädtischen Aufwertungsprozesse zu ignorieren, bedeutet, die Entwicklung in arme und reiche Stadtteile (Segregation = Trennung, Spaltung) eher noch zu verfestigen.

Höchst fragwürdig ist auch der viel zu gering bemessene Mittelansatz: Für die gegenwärtig 35 Entwicklungsgebiete stehen im Jahr 2009 gerade einmal 26,36 Mio. Euro, im Jahr 2010 geplante 29 Mio. Euro zur Verfügung. Damit dürften die dramatischen Verwerfungen nicht im entferntesten eingeschränkt werden. Beispiel Bezirk Mitte: Hier sind mehr als 61.000 Menschen (= 21,1%) auf Transferleistungen angewiesen, von den Kindern bis sieben Jahre erhalten sogar fast

8.200 (= 43,3%) Sozialleistungen zur laufenden Lebensführung. Und schließlich ist an RISE auch zu kritisieren, dass »privaten Akteuren« ein noch größerer Stellenwert eingeräumt wird – durch »Business Improvement Districts«, den Verkauf von vorübergehend entwickelten »Schlüsselgrundstücken« an private InvestorInnen etc. Dies aber macht Stadtentwicklung, auch wenn sie von BürgerInnenbeteiligung und Sozialmonitoring usw. flankiert werden soll, immer stärker zum Spielball privatkapitalistischer Interessengruppen, denen es nicht um die Überwindung von Benachteiligung und Armut, sondern um Renditegesichtspunkte geht.

Eine differenzierte Einschätzung des »Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung« von Christiane Schneider, Antje Schellner, Michael Joho und mir gibt es unter www.linksfraktion-hamburg.de.

Billig wohnen: Tropfen auf den heißen Stein

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) kündigte für den 2. November an, mit dem Ankauf von sozialen Belegungsbindungen zu starten. Insgesamt stehen bis zum Jahresende 1,5 Mio. Euro zur Verfügung, mit denen sich die BSU das Recht erkaufte, für Wohnungen einen Belegungsvorschlag zu machen. Vorrangig bedacht werden sollen dabei »Menschen mit psychischen Erkrankungen und seelischen Behinderungen«, »Menschen, die aus stationären Einrichtungen kommen«, sowie »unterstützungsbedürftige Jung-Erwachsene in der Regel unter 25 Jahren«. Allerdings wird dabei nur ein mindestens einjähriges Mietverhältnis begründet, was danach kommt, bleibt offen. Die Stadt investiert damit pro Wohnung und – im schlimmsten Fall – für gerade mal ein Jahr 15.000 Euro.

Eigentlich sind ganz andere Größenordnungen vonnöten, um eine soziale Wohnungsversorgung in Hamburg zu gewährleisten. Auf den einschneidenden Rückgang der Sozialwohnungen hat jüngst Karin Aßmus von »Mieter helfen Mietern« hingewiesen: Der gebundene Wohnungsbestand machte noch 1976 fast 50% des gesamten Wohnungsbestandes aus, heute sind es gerade noch 13%. Auszugehen ist im Jahre 2016 von lediglich 82.000 Sozialwohnungen (laut Wohnungsbaukreditanstalt) oder vielleicht sogar von nur noch 72.000 (laut Wohnungsbau-Entwicklungsplan des Senats).

Tatsächlich ist der Neubau von geförderten Mietwohnungen in den vergangenen Jahren nahezu zum Erliegen gekommen. Die Lücke zwischen den Neubauten einerseits (seit 2002 jährlich unter 4.000) und dem wachsenden Bedarf andererseits

(mindestens 5.000 bis 6.000 neue Wohnungen pro Jahr) hat zu beträchtlichen Engpässen im Segment der kleinen, günstigen Wohnungen und für integrationsbedürftige Personen mit wenig Einkommen oder besonderen Vermittlungshandicaps geführt. Insbesondere das städtische Wohnungsunternehmen »SAGA GWG« müsste wieder seinem gemeinnützigen Auftrag gerecht werden, anstelle die Sozialwohnungsbestände kontinuierlich abzuschmelzen, nach dem Auslaufen von Bindungen teure, auf die Miete umlegbare Modernisierungen vorzunehmen und vereinzelt sogar ehemalige Miet- in Eigentumswohnungen umzuwandeln. Der Verdrängung Tausender von MieterInnen in den innerstädtischen Quartieren wie St. Pauli, St. Georg und Sternschanze, aber auch in Wilhelmsburg und Veddel könnte die Stadt nachhaltiger begegnen, wenn sie außerdem soziale Erhaltensatzungen erlasse.

Dass es auch ganz anders geht, machte auf einer Expertenanhörung des Stadtentwicklungsausschusses zum »Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung« (RISE) am 28.

Oktober ausgerechnet ein bayrischer Staatsbeamter deutlich. Herr Illichmann, zuständig für den Bereich »Soziale Stadt« in München, führte aus, dass bei ihm 125 Mio. jährlich in die Förderung des Wohnungsneubaus gesteckt wird, mit dem Ergebnis, dass dort für das Jahr 2009 sage und schreibe 7.000 Neubauten angestrebt wurden, von denen immerhin 5.000 auch zustande kommen. München errichtet für seine 1,3 Mio. EinwohnerInnen also beträchtlich mehr Wohnungen als das um ein Drittel größere Hamburg. Und auch im Hinblick auf soziale Erhaltensverordnungen ist die bayrische Landeshauptstadt der Freien und Hansestadt Hamburg um Lichtjahre voraus: Dort gibt es 14 entsprechend ausgewiesene Gebiete, in Hamburg mit der Neustadt gerade mal eines.

Die eingangs erwähnten 1,5 Mio. für den Ankauf von sozialen Belegungsbindungen für 100 Wohnungen sind ein Schritt in die richtige Richtung, zugleich aber nicht viel mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein.

Nicht klein zu kriegen

Wilhelmsburg bleibt seinem Ruf als einer der mobilisierungsfähigsten Stadtteile treu: Nach den allwöchentlichen Aktionen gegen die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße fand am 31. Oktober eine Großdemonstration gegen den Autobahnwahn der grünen Senatorin Anja Hajduk statt. Rund 2.000 ElbinsulanerInnen – einige als Hexen und Gruselfiguren verkleidet, galt es doch, »die Autobahngeister zu vertreiben« – marschierten bei bester Stimmung zwei Stunden auf der Reichsstraße längs.

Am 9. November kamen dann erneut 600 bis 700 Menschen im Bürgerhaus Wilhelmsburg zusammen, um der anwesenden Senatorin kräftig die Leviten zu lesen – ein Lehrbeispiel für einen Stadtteil und seine BewohnerInnen, die sich den Widerspruchsgeist nicht wegreden lassen und mit hoher Kompetenz ihre Belange verfolgen. Gleich zu Anfang übergaben die »Engagierten Wilhelmsburger« 2.000 Unterschriften gegen die Reichsstraßenverlegung und den Ausbau zur Quasi-Autobahn neben den Bahngleisen. Mit der Veranstaltung wollte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) den Schlusspunkt zu einem knapp halbjährigen »Beteiligungsverfahren« in Sachen Verkehrsentwicklung setzen, doch viele Dutzend WilhelmsburgerInnen machten durch Pfiffe und hochgehaltene Pappschilder deutlich: »Frau Hajduk, Sie haben uns belogen!« Für den Großteil der BesucherInnen war klar, dass es bei dem Verfahren mit ausgesuchten 38 bis 40 TeilnehmerInnen einer »Kern-Arbeitsgruppe« nicht um BürgerInnenbeteiligung, sondern bestenfalls um eine Anhörung von der Senatorin Gnaden gegangen war.

Der Protest der engagierten WilhelmsburgerInnen wird anhalten – auf meine weitere Unterstützung können sie setzen. Und wer über zukünftige Aktionen und Diskussionen informiert sein will, schaut auf die Website www.zukunftsplan-statt-autobahn.de.



Mit dabei: Ronald Wilken, Bezirksabgeordneter der LINKE

Die Schattenseiten der »Partystadt«



Auf der Partymeile: Das Schulterblatt als »Schanz-Elysée«

Gerade ist eine neue BürgerInneninitiative gegründet worden, die sich gegen die überhandnehmende Außengastronomie in der Susannenstraße im Schanzenviertel wehrt, nur einige Hundert Meter entfernt engagiert sich seit Sommer die »Anwohnergemeinschaft Neuer Pferdemarkt« erst gegen ein weiteres Außencafé und nun für den Erhalt einer kleinen Grün- und Erholungsfläche am Neuen Pferdemarkt/Beim Grünen Jäger. Immer öfter macht sich in den Szenevierteln Widerstand gegen die Ummodellung Hamburgs zu einer markt- und renditegerechten, auf Leuchttürme, Amüsierpublikum und Touristenmassen abzielenden Metropole bemerkbar, die sich neuerdings auch noch als »Shopping-Hauptstadt« mit »Night-Shopping am Freitag, fantasievoller Performancekunst am Samstag und einem verkaufsoffenen Sonntag« geriert (so die 116-seitige Broschüre zu den »Hamburg Shopping Days 2009« vom 6. bis 8. November).

Ich hatte die Problematik »Partystadt Hamburg« bereits in einer Kleinen Anfrage an den Senat aufgegriffen. Da dessen Antworten nach einer Woche Bearbeitungszeit in jeder Hinsicht unbefriedigend ausfielen, hat die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft eine Große Anfrage nachgelegt, für deren Beantwortung dem Senat vier Wochen zur Verfügung standen. Die Antworten sind deutlich aufschlussreicher, wenngleich auch hier angemerkt werden muss, dass offenbar wenig Engagement auf die Bearbeitung verwandt wurde, weil etliche Daten in den Behörden offenbar gar nicht vorliegen. Vereinzelt sind die Antworten sogar schlicht falsch, so wenn z.B. behauptet wird, das Bezirksamt Mitte führe keine Statistiken über die Zahl der erteilten Abgeschlossen-

heitsbescheinigungen. Das ist nachweislich zumindest für St. Georg falsch, wo der Stadtteilbeirat auf wiederholtes Insistieren die Daten bereits seit Jahren regelmäßig erfährt. Und den Umstand, dass weder der Senat noch die Bezirksämter angeblich über Angaben über stadtteilbezogene Aufschlüsselungen bezüglich der Mieten für Wohnungen und Gewerbetreibende verfügen und (bis auf Altona) auch nicht Buch über die ausgestellten Abgeschlossenheitsbescheinigungen oder gar die realen Umwandlungen führen, kann ich nur als Skandal bezeichnen. Auch der Hinweis, man würde über die Beschwerdelage hinsichtlich der Außengastronomie nichts wissen und in der zur Verfügung stehenden Zeit auch nichts klären können, spricht Bände: Lärmbelästigungen, nächtliche Ruhestörungen, mangelnde Durchgangsmöglichkeiten auf den Trottoirs etc. interessieren die Behörden offenkundig nicht.

Aber nun zu den aufschlussreichen Fakten: Der Tourismus boomt, die Gästezahlen haben von 2,6 Mio. (bzw. 4,7 Mio. Übernachtungen) im Jahre 1999 auf 4,1 Mio. (bzw. 7,7 Mio. Übernachtungen) bis 2008 zugenommen. Im gleichen Zeitraum ist die Bettenzahl von 26.000 auf 39.000 gestiegen. Die »Hamburg Tourismus GmbH« rechnet bis zum Jahr 2020 mit 13 Mio. Übernachtungen. Alleine von 2009 bis 2011 sollen mindestens 14 neue Beherbergungsbetriebe mit 6.500 Betten dazu kommen. Die bereits feststehenden Neubauten konzentrieren sich 2010/2011 in St. Georg und in St. Pauli. Trotzdem bleibt erstaunlich, wie wenig die Behörden angeblich über die weitere Entwicklung der Hotel- und Pensionsbauten wissen. Allein für St. Georg wüsste ich von mindestens zwei weiteren Hotelprojekten, z.B. das Jugendhotel im Klockmannhaus, ein

weiteres Hotelprojekt am Steindamm/zwischen Böckmannstraße und Kleiner Pulverteich.

Auch die außergastronomischen Konzessionen haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, vor allem in den so genannten Szene- und Partyvierteln. Alleine auf dem Schulterblatt gab es im Jahr 2009 genau 38 Betriebe mit Außergastronomie (2008: 39), auf der Susannenstraße waren es 15 (2008: 9), auf der Reeperbahn sind 41, auf der Marktstraße im Karo Viertel 7, auf der Langen Reihe 35 Genehmigungen in diesem Jahr erteilt worden.

Regelungen für die Außergastronomie sind durchaus vorhanden, werden allerdings mangels Personal kaum überprüft. Generell können gastronomische Außenanlagen sonntags bis donnerstags bis 23 Uhr und freitags, samstags sowie an Vorabenden vor gesetzlichen Feiertagen bis 24 Uhr betrieben werden. Es gibt besondere Vereinbarungen für die Susannenstraße, für die Lange Reihe unterschlägt das Bezirksamt die im Stadtteilbeirat vereinbarten Regelungen. Festgelegt ist außerdem, dass zwischen den Tischen und Stühlen und dem Bordstein mindestens 1,50 Meter Durchgangsraum bleiben muss. Störungen und Einschränkungen für den freien Durchgang dürfen nicht eintreten. Wichtig ist auch, dass Außergastronomie und Betriebszeiten widerrufen werden können, »sofern im Einzelfall erhebliche Anwohnerbelästigungen vorliegen. Hinweise für erhebliche Anwohnerbelästigungen wegen unangemessener Lautstärke sind insbesondere mehrfache Beschwerden verschiedener Anwohner oder mehrfache Feststellungen, z.B. durch die Polizei. Der Gastwirt hat durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass erhebliche Störungen insbesondere nach Ende der Betriebszeit (23.00 Uhr bzw. 24.00 Uhr) unterbleiben.«

Für die Einhaltung der Auflagen sind die (Lebensmittel- und) Gewerbeinspektoren der jeweiligen Bezirksämter zu-

ständig. »Beschwerden wird jeweils im Einzelfall nachgegangen«, also erst nach mehrmaligen Klagen der sich gestört fühlenden AnwohnerInnen. Kontrollen ohne Beschwerden finden offenbar nur im Ausnahmefall statt. Im gesamten Bezirk Altona ist tagsüber ein Mitarbeiter der Wegeaufsicht tätig, ein Lebensmittelkontrolleur »auch außerhalb üblicher Dienstzeiten« sowie drei MitarbeiterInnen des Bezirklichen Ordnungsdienstes (BOD). Das ist deutlich zu wenig, denn allein vorgenommene Überprüfungen am 1. und 2.8. sowie am 15. und 16.8.2009 haben bereits 22 Ordnungswidrigkeiten ergeben. In der Senatsantwort wird konstatiert, dass der BOD Mitte »in bis zu 100 Nächten jährlich mit durchschnittlich« vier MitarbeiterInnen nach 23 Uhr im Einsatz ist, und zwar »schwerpunktmäßig zu 90% auf St. Pauli« und zu 10% »veranstaltungs- und problembezogen in St. Georg und dem Innenstadtbereich oder anderen Teilen des Bezirks«.

Die städtischen Einnahmen aus der Außergastronomie werden bei den meisten Bezirksämtern nicht gesondert erfasst. Für Bergedorf ergibt sich eine Steigerung der Einnahmen von 14.400 Euro (2004) auf 23.400 Euro (2009), im Bezirk Nord waren es 83.256 Euro (2007) bzw. 102.934 Euro (2009). Besonders interessant wären sicherlich die Daten des Bezirks Mitte, doch der führt darüber angeblich keine Unterlagen. Dafür sieht dieser Bezirk für die Außergastronomie noch Steigerungsmöglichkeiten. Er hat den GastronomiebetreiberInnen (zumindest bezogen auf die Susannenstraße) das Angebot gemacht, »eigenfinanzierte Flächen für Außergastronomie in den vorhandenen Parkbuchten zu errichten«.

Wer Interesse an den kompletten Anfragen bzw. Senatsantworten hat, findet sie auf der Website der Bürgerschaftsfraktion (www.linksfraktion-hamburg.de) im Menü »Bürgerschaft« (»Parlamentsdokumentation« aufrufen und die Nummern der Drucksachen eingeben: 3955 bzw. 4166).

»Unter Geiern«: Politiker verkaufen die Stadt

Ende Oktober erschien eine Ausgabe der besonderen Art von »Hamburg. Das Magazin der Metropole«: In dem wunderbaren 24seitigen Heft wird nicht das übliche Hohelied auf die Sport-, Pferde- oder Shopping-Hauptstadt gesungen, sondern der Finger tief in die Wunden des immer mehr zur »Marke« verkommenden Hamburg gelegt. Gehijackt wurde der Titel von verschiedenen JournalistInnen und GrafikerInnen, »die es nicht mehr ertragen, das Marketingsprech vom »Wohnen am Wasser« und der »pulsierenden Metropole«, während um uns herum die Mieten steigen, sündhaft teure Eigentumswohnungen und Büropaläste aus dem Boden schießen und Grünflächen verkauft und zugebaut werden«. Die anonym bleibenden HerausgeberInnen bekunden offen ihre Sympathie für die Gängeviertel-AktivistInnen und diejenigen Gruppen, die sich im Netzwerk »Recht auf Stadt« zusammengeschlossen haben. Neben den namentlich gezeichneten Beiträgen findet sich im Magazin auch das intensiv diskutierte Manifest »Not in our Name, Marke Hamburg!«, das mittlerweile von mehr als 2.600 Kulturschaffenden aller Bereiche unterschrieben

wurde (zu beziehen unter www.buback.de/nion).

Wer davon überzeugt ist, dass die Stadt allen gehört, sollte einen Blick in dieses (Kunst-)Werk werfen. Man kann sich das Heft »Unter Geiern. Wie Hamburgs Politiker die Stadt verkaufen – und wo der Widerstand dagegen wächst« von der Website www.rechtaufstadt.net herunterladen. Und wen die Initiativen des gleichnamigen Netzwerks interessieren, dem/der sei unter www.we-make-the-city.com auch noch ein Blick in die ebenfalls jüngst erschienene Broschüre »Trendy, teuer, langweilig« empfohlen.



Trikottausch: 100 Jahre FC St. Pauli



Mehr als Fußball: Der Kiez feiert 1991 im Stadion »Viva St. Pauli«

Beim Kult-Club FC St. Pauli sind Sport und Stadtteil eng miteinander verknüpft. Deshalb diesmal Lektüretipps aus Anlass des bevorstehenden 100-jährigen Jubiläums im Jahr 2010.

Gleich drei Bücher sind aus diesem Anlass erschienen. Da ist zum einen der Band »100 Jahre Kiez-Klub FC St. Pauli. Ein Kultverein und sein Stadtteil«. Auf 255 Seiten berichten der Bildjournalist Thomas Metelmann und der Sporthistoriker Hans Vinke über den Verein, der unter dem Namen »Fußballclub St. Pauli von 1910 e.V.« allerdings erst im Jahr 1924 die »reinliche Scheidung« vom »Hamburg-St. Pauli Turnverein« und damit von der Deutschen Turnerschaft vollzog. Im Mittelpunkt stehen die fußballerischen Begegnungen und die Spieler, was durch 382 Abbildungen unterstrichen wird (Edition Temmen, 19,90 Euro).

»St. Pauli ist die einzige Möglichkeit« lautet der Titel des zweiten Buches. Mike Glindmeier, Folke Havekost und Sven Klein, allesamt dem Verein seit über zwei Jahrzehnten treu verbunden, breiten hier eine »Fan-Triographie« in Geschichten und persönlichen Erlebnissen seit 1991 aus. Im Mittelpunkt stehen die Fans, ihr Leben vor und nach den Spielen (PapyRossaVerlag, vergleichsweise wenig Fotos, 16,90 Euro).

Das dritte Buch »FC St. Pauli. Das Buch. Der Verein und sein Viertel« wurde von Christoph Nagel und Michael Pahl unter Mitarbeit von Jörn Kreuzer und Janine Schemmer ver-

fasst und ist ein vereinsoffizielles Produkt. Man erfährt viel über den Stadtteil, die Legenden unter den Spielern und Trainern und auch, warum in den Farben braun-weiß gespielt wird. Es gehört zum Selbstverständnis des Clubs, dass auf den 416 reich bebilderten Seiten Vereinsgeschichte auch die Zeit des Nationalsozialismus nicht ausgespart bleibt: Immerhin setzten die Fans durch, dass das Millerntor-Stadion, das seit 1970 »Wilhelm-Koch-Stadion« hieß, 1998 wieder zurückbenannt werden musste, weil es nicht den Namen des NSDAP-Mitgliedes tragen sollte. Bemerkenswert für eine Sportchronik ist, dass der Gentrification in St. Pauli ein eigenes Kapitel gewidmet ist (Hoffmann & Campe, 39,95 Euro).

Und da wir gerade beim Fußball sind: Am **Montag, den 30. November**, wird im **Abaton-Kino** (Allendeplatz 3) um **18 Uhr** der Kurzfilm »**Trikottausch**« gezeigt, ein Zeichen gegen Gewalt und für Respekt und Zivilcourage, wie es in der Ankündigung heißt. Gemacht wurde der Streifen von jungen Fans des FC St. Pauli und des HSV, gefördert vom »Weißen Ring Hamburg«. Und im Abaton läuft anlässlich der Film Premiere am 30. November alles zusammen. Für Musik sorgt die junge Hamburger Sängerin Anna Depenbusch, durchs Programm führt der Sportmoderator von »Hamburg1«, Ulrich Pingel. Ab 19 Uhr gibt es dann ausreichend Gelegenheit zu Gesprächen bei Snacks und Getränken!

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**